

Alte und neue Fluchtursachen?

Thomas Gebauer

Flucht und Migration zählen fraglos zu den großen Herausforderungen der Zeit. Daran hat sich auch mit der Verschärfung der Asylgesetze nichts geändert, die das Problem nur an die Grenzen Europas verschoben, nicht aber gelöst hat. Für die Bewohner der Festung Europa aber hat sich schon etwas geändert. Sie kriegen das Elend der gegenwärtigen Flüchtlingspolitik gar nicht mit – und das war wohl auch Teil der Absicht.

Aber warum fliehen Menschen? Warum nehmen Bauern aus dem Kongo, Hirten aus dem Sahel, Baumwollpflanzer aus dem Benin die oft monatelange, kostspielige und lebensgefährliche Reise zu den Küsten Europas auf? Warum kratzen bitterarme Familien ihre letzten Ersparnisse zusammen, um einen oder zwei ihrer Mitglieder in den Norden zu schicken?

Rund 200 Millionen Menschen befanden sich im letzten Jahr fern ihrer Heimat. Die meisten – rund 190 Millionen – gelten den Statistikern als „Arbeitsmigranten“. Mit knapp 10 Millionen lag die Zahl der Kriegsflüchtlinge, die unter dem Schutz der UN-Flüchtlingskonvention stehen, auf dem niedrigsten Stand seit vielen Jahren. Deutlich angestiegen aber ist die Zahl der sogenannten Binnenflüchtlinge, die 2005 bei 25 Millionen lag. Erfolg und Misserfolg? Die Verschiebung macht zumindest eines deutlich: immer weniger gelingt Menschen die Flucht aus kriegerischen Umständen in ein sicheres Aus-land.

Nicht berücksichtigt sind in den genannten Zahlen die sogenannten Umweltflüchtlinge, deren Zahl zuletzt stetig angestiegen ist. Bereits heute fliehen mehr Menschen vor Umweltkatastrophen als vor Kriegen. Die UN schätzt, dass im Jahr 2010 mehr als 50 Millionen Menschen aufgrund von Wüstenbildung, Überschwemmungen oder anderen ökologischen Katastrophen ihre angestammten Wohngebiete verlassen werden.

Einstweilen trägt die Brüssler EU-Kommission mit der fortgesetzten Zahlung von Agrarsubventionen ganz wesentlich zur Vernichtung von Lebensgrundlagen bei. 349 Mrd. Dollar haben die Industrieländer im letzten Jahr für Produktions- und Exportsubventionen ausgegeben – ca. 1 Mrd. Dollar pro Tag. So absurd es klingt: auf den Märkten Westafrikas ist Gemüse, das in Europa gezogen wurde, um durchschnittlich 1/3 billiger als Produkte aus heimischem Anbau. Bis zum Jahr 2025 werden zwei Drittel der afrikanischen Agrarfläche verschwunden und weitere 135 Mio. Menschen auf der Flucht sein.

Menschen fliehen aus unterschiedlichen Gründen

Die Gründe, die Menschen dazu bewegen, ihre Heimat zu verlassen, sind vielfältig. Oft sind sie auf komplexe Weise miteinander verbunden. Ob Menschen aufgrund von Krieg oder

Umweltkatastrophen fliehen oder einfach nur auf der Suche nach Lebensumständen sind, die das Überleben garantieren, ist nicht immer klar zu unterscheiden. Weder mit dem Begriff des „politischen Flüchtlings“, noch mit dem des „Wirtschaftsflüchtlings“ kommt man heutzutage sehr weit. Beiden Flüchtlingsgruppen gemeinsam aber ist der Anspruch auf Überleben, weshalb man wohl eher von „Überlebensflüchtlingen“ sprechen sollte. Der Begriff „Wirtschaftsflüchtling“ suggeriert, es ginge den Menschen um Gewinn; es geht aber nicht um Gewinn, sondern ums Überleben. Wer seine Existenz sichern will, ist kein Schmarotzer, sondern klagt nur sein Recht auf Leben ein.

Aus menschenrechtlicher Perspektive ist zwischen den verschiedenen Fluchtmotiven kein Unterschied zu machen. Auch wenn die Politik gar nicht gerne daran erinnert werden will, heißt es in der Präambel der beiden großen Menschenrechtsabkommen von 1966, der „Konvention über die politischen und Freiheitsrechte“ und der „Konvention über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte“, dass beide Übereinkünfte unteilbar sind und nur gemeinsam verwirklicht werden können. Aus diesem Blickwinkel ist es völlig unerheblich, ob jemand flieht, weil er politisch verfolgt wird oder vom Hungertod bedroht ist. Moralisch wie völkerrechtlich ist Flüchtlingen, egal ob sie politisches Asyl begehren oder ihre wirtschaftliche Existenz sichern wollen, Schutz zu gewähren.

2,8 Milliarden Menschen führen heute einen schier hoffnungslosen Überlebenskampf mit weniger als zwei Dollar am Tag. Zwar ist die Weltwirtschaft seit 1950 um das Siebenfache angewachsen, doch sind es immer weniger Menschen, die von ihrem Ertrag profitieren. 3 Mrd. Menschen, d.h. die Hälfte der Weltbevölkerung haben zusammen ein geringeres Einkommen als die 400 reichsten Familien.

Alle fünf Sekunden verhungert ein Kind

Zahlen, wie diese, können nicht annähernd das Elend beschreiben, das hinter ihnen steht. Die Folgen aber sind dramatisch: Alle fünf Sekunden verhungert ein Kind, und das, obwohl die Welt-Landwirtschaft problemlos imstande wäre, 12 Mrd. Menschen, also annähernd das Doppelte der gegenwärtigen Weltbevölkerung, zu ernähren. Und weil vieles daraufhin deutet, dass die Schere zwischen Arm und Reich noch weiter auseinander gehen wird, bleibt für Millionen und Abermillionen Menschen Europa auch künftig die letzte Hoffnung, mag es sich noch so sehr abschotten.

Die Ungleichheit spiegelt sich auch in den Bildungschancen und im Einkommen. Eine Krankenschwester beispielsweise verdient auf den Philippinen 146 Dollar im Monat. In den Golfstaaten sind es schon 500 Dollar, in den USA schließlich sogar 3000 Dollar. Was Wunder, dass in den letzten Jahrzehn-

«... so drückt sich in der weltweiten Migration ... auch das Streben nach einer ,Globalisierung von unten‘ aus»

ten jährlich 3000 philippinische Krankenschwestern ausgewandert sind. Ganze Familien überleben nur, weil es ihnen gelungen ist, wenigstens eine Tochter im reichen Norden unterzubringen. Etwa 800 Anheuerungsagenturen gibt es auf den Philippinen, die sich auf die Auslandsvermittlung von Krankenschwestern spezialisiert haben.

Auch aus Südafrika wandern Monat für Monat 300 Krankenschwestern ab, und das, obwohl Südafrika mit seinen über 5 Mio. AIDS-Kranken dringender denn je Krankenschwestern bräuchte. In Zimbabwe kann der grassierenden Cholera nicht mehr Einhalt geboten werden, weil das dafür notwendige medizinische Personal längst das Land verlassen hat.

Rücküberweisungen der Migranten übersteigen die gesamte Entwicklungshilfe

Es ist verrückt, aber viele der Herkunftsländer sind auf den Exodus der eigentlich im eigenen Land benötigten Arbeitskräfte angewiesen. Zur Tilgung von Schulden brauchen sie Deviseneinnahmen, und da kommt das Geld, das die Migranten nach Hause schicken, gerade recht. 2005 betrug die Summe der von Migranten geleisteten Rücküberweisungen gut 232 Mrd. Dollar. Davon gingen 167 Mrd. Dollar in Entwicklungsländer. Das ist deutlich mehr als die gesamte öffentliche Entwicklungshilfe, die bei ca. 100 Mrd. Dollar liegt.

Die Rücküberweisungen aber verschaffen den Herkunftsländern nicht nur Vorteile, - es macht sie auch politisch erpressbar. Libyen und Tunesien beispielsweise waren zunächst keineswegs davon angetan, für die europäischen Länder Aufgaben einer vorgelagerten Migrationskontrolle zu übernehmen. Erst die Drohung Italiens, man würde andernfalls die „illegal“ aus den betroffenen Ländern eingereisten Arbeitsmigranten ausweisen, führte zur Einwilligung.

Europäische Politiker verweisen gerne darauf, dass die Probleme Afrikas nur in Afrika selbst zu lösen seien. Ohne Frage: repressive und korrupte Regime, die sich über die Verfolgung von Minderheiten und politisch Andersdenkenden an der Macht halten, sind immer zunächst ein Problem der jeweiligen Länder selbst. Und doch ist nur zu gut belegt, dass Diktaturen und Korruption insbesondere dort gedeihen, wo Rohstoffreichtum das Entstehen von Rentenökonomien begünstigt und die heimische Wirtschaft mit den subventionierten Ökonomien im Ausland nicht mithalten kann. In beiden Fällen ist das Ausland beteiligt, trägt auch Europa Verantwortung. Politische Verfolgung ist auch das Ergebnis internationaler wirtschaftlicher Verflechtungen; ihr vorbeugen zu wollen, würde zu allererst gerechte Wirtschaftsbeziehungen erfordern.

Schmuggel von Migranten lukrativer als Handel mit Drogen. Experten gehen davon aus, dass der Schmuggel mit Migranten inzwischen einträglicher ist als der Handel mit Drogen. Zu den Profiteuren des Menschenschmuggels gehören freilich auch die reichen Industrieländer selbst. Darin unterscheidet sich Menschenschmuggel in nichts von dem verdeckten Handel mit illegal eingeschlagenem Holz, mit Blutdiamanten und all den anderen Sphären der globalen Schattenwirtschaft. Es wird angenommen, dass beispielsweise Frankreich ein Drittel seiner Autobahnen mit irregulären Arbeitskräften gebaut hat. In Italien soll der Anteil, den „Illegale“ an der Erwirtschaftung des Bruttosozialproduktes haben, zwischen 20 – 30 Prozent liegen. Und so ist es auch die Nachfrage nach billigen und schutzlosen Arbeitskräften, das Interesse an Lohndumping und der Aushöhlung des Arbeitsrechts, das zur „irregulären Migration“ in die Global Cities des Nordens führt und den Menschenschmuggel in Gang hält.

Die Menschen in den Herkunftsländern wissen übrigens sehr genau, dass es die globalen Verhältnisse sind, die jederzeit, ob mittel- oder unmittelbar, über Erhalt und Vernichtung der eigenen Lebensgrundlagen entscheiden können. Viele Familien, Clans und Dörfer setzen deshalb auf eine Diversifizierung der Einkünfte. Zur Maximierung der Überlebenschancen werden gezielt Familienmitglieder auf die Welt verteilt. Zukunftssicherung ist das Ziel, und so drückt sich in der weltweiten Migration eben nicht nur Ungleichheit und die Vernichtung von Lebensgrundlagen aus, sondern auch die Hoffnung auf Zukunft, der Anspruch auf Überleben, das Streben nach einer „Globalisierung von unten“.

Es ist diese „Globalisierung von unten“, die den Sicherheitspolitikern des Nordens ein Dorn im Auge ist. Unbedingt wollen sie das, was außer Kontrolle zu geraten droht, wieder kontrollierbar machen. Und damit sind wir bei einem weiteren schillernden Begriff angekommen: dem der Fluchtursachenbekämpfung.

Militärische Intervention als Fluchtursachenbekämpfung?

Vieles deutet darauf hin, dass es im Kern dessen, was heute Fluchtursachenbekämpfung genannt wird, nicht eigentlich um Vorbeugung, also um die Schaffung von menschengerechten Lebensbedingungen geht, sondern nur um die Früherkennung von Fehlentwicklungen, um diese möglichst rasch so lenken zu können, dass sie nicht weiter stören.

Und dabei sind offenbar alle Mittel recht: militärische wie politische, technische wie soziale. Meist ist es ein Mix aus unterschiedlichen Interventionsformen, wobei es – wie Sie am Beispiel Afghanistan sehen können – zur Verwischung der Grenze zwischen Militär- und Hilfseinsätzen kommt.

«Unbedingt muss es darum gehen, den globalisierten Verhältnissen eine verbindliche rechtliche Struktur zu geben.»

Die Auffanglager, die in nordafrikanischen Ländern für Flüchtlinge errichtet werden, mögen Begrüßungszentren, Service Center, oder sonst wie genannt werden, sie antworten nicht auf die politischen und sozialen Rechte von Flüchtlingen, sondern sichern alleine die Interessen Europas, mithin einem Teil der rentablen Sphären dieser Welt. Dass dabei ausgerechnet diejenigen von Sicherheit ausgeschlossen werden, die sie eigentlich am meisten bräuchten: die Mittellosen, die Flüchtlinge, ist die logische Folge.

„Nicht-tödliche Waffen“ zur Migrationskontrolle

Schon jetzt wird für Grenzkontrollen deutlich mehr Geld ausgegeben als für Integration. Satellitengestützte Überwachungssysteme sichern die Küsten Europas, High-Tech Zäune die Grenze zwischen Mexiko und den USA. Militärs rüsten sich für neue Einsätze, die intern „Military Action Other Than War“ genannt werden. Dabei sind auch neue Waffen in der Entwicklung.

Beispielsweise die sogenannten „Nicht-tödlichen Waffen“, die – so die möglichen Einsatzszenarien in den Planungsunterlagen – die Kontrolle von Hungerrevolten, die Eindämmung von Flüchtlingsbewegungen, die Verhinderung von Massendemonstrationen und alle anderen Akte von Widerstand ermöglichen sollen.

Zu den Nicht-tödlichen Waffen zählen beispielsweise Akustikwaffen, die einen ohrenbetäubenden Lärm produzieren, der bei zu großer Annäherung an die Lärmquelle allerdings auch zur Verflüssigung der Eingeweide führen kann. Es geht um Klebstoffwaffen, die Menschen in Sekundenbruchteilen an Ort und Stelle fixieren. Um chemische Waffen, die vorübergehendes Koma erzeugen und – wie deren Einsatz bei der Stürmung des Moskauer Musical-Theaters gezeigt hat – allerdings tödliche Folgen haben können. Schließlich sind sogar binäre biologische Waffen im Gespräch, die es zulassen sollen, größere Populationen mit Krankheitserregern zu infizieren, die solange nicht virulent werden, wie sie nicht mit einem zweiten Wirkstoff in Berührung kommen.

Verfügen die Militärs erst einmal über solche Waffen, dann lassen sich nicht nur Fluchtbewegungen perfekt kontrollieren, sondern obendrein ganze Weltregionen für unliebsame Bevölkerungsgruppen sperren. Nicht mehr Grenzbeamte kontrollieren dann die Migrationsströme, sondern Sprüheinrichtungen und Lärmquellen.

Es war die FAZ, die im letzten Jahr forderte, dass sich Deutschland nicht an die Kette des Völkerrechts legen lassen dürfe, weil das Völkerrecht – so wörtlich – doch nur etwas für Schwache sei. Offen warb die Zeitung der „klugen Köpfe“ für den Rechtsbruch und umgab sich dabei – ganz im Sinne des

erwähnten Revanchismus – sogar noch mit der Aura größter Kühnheit, die unbedingt nötig sei, um die „Feigheit der Armen“ zu bekämpfen.

Verbindliche rechtliche Struktur für die globalisierten Verhältnisse

Wenn es noch eine Chance auf gemeinsame Zukunft geben soll, dann ist genau das Gegenteil dessen notwendig, was die FAZ verlangte. Unbedingt muss es darum gehen, den globalisierten Verhältnissen eine verbindliche rechtliche Struktur zu geben. Die Prinzipien der Menschenrechte können dabei Antrieb und Orientierung zugleich sein. Das Ziel ist die Schaffung von globalen Verhältnissen, die alle Menschen an allen Orten zu Trägern gleicher Rechte macht. Dafür zu streiten, stünde einer Weltgesellschaft, die ernsthaft um Demokratisierung bemüht ist, gut an.

*Thomas Gebauer ist Geschäftsführer
der Hilfsorganisation Medico International e.V.
mit Sitz in Frankfurt/Main.
www.medico.de*

Flüchtlinge weltweit

Weltweit hat der UNHCR derzeit etwa 20,8 Millionen Flüchtlinge registriert, die unter seinen Schutz fallen und durch das Hohe Flüchtlingskommissariat unterstützt werden. Die Zahl aller Flüchtlinge und Menschen in flüchtlingsähnlichen Situationen beträgt nach Schätzungen weltweit über 40 Millionen.

Die Hauptherkunftsländer der Flüchtlinge

Weltweit kamen auch 2005 die meisten Flüchtlinge aus Afghanistan (1.908.100). Registriert sind hier nur die Flüchtlinge, die in Lagern leben, nicht aber die rund 1,9 Millionen Afghanen, die in Pakistan in Städten und Dörfern leben. Weitere Flüchtlinge kommen aus dem Sudan (693.300) aus Burundi (438.700), der Demokratischen Republik Kongo (430.600) und Somalia (394.800), Vietnam (358.200) Palästinenser (349.700 – nicht eingerechnet die mehr als 4 Millionen Palästinenser, die von der UNWRA, Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge, betreut werden), dem Irak 262.100), Aserbaidschan (233.700) und Liberia (231.100). Die meisten dieser Flüchtlinge fliehen in die direkten Nachbarländer.

Asylsuchende in Europa

Insgesamt wurden 2005 237.840 Asylgesuche in 25 europäischen Ländern registriert. Damit ist die Zahl der Asylgesuche in der Europäischen Union erneut gesunken. Im Vergleich zum Vorjahr, 2004 (279.860) waren es 15% weniger Anträge. Die meisten Asylgesuche wurden 2005 in Frankreich gestellt mit 50.050 Anträgen. Die absolut wenigsten Gesuche hatte Estland mit 10 Anträgen zu bearbeiten.

Rekordtief bei der Zahl der Asylanträge in Deutschland

Nur noch 28.914 Asylanträge wurden im Laufe des Jahres 2005 in Deutschland gestellt. Das sind 18,8% weniger als im Jahr 2004 (35.607). Hiermit ist der niedrigste Stand seit 1983 erreicht.

Quellen: UNHCR und BAMF